

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: G. H. Kroll, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Altsadt

Abonnementpreis: einjährig 2000.— M., durch die Post bezogen monatlich 200.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 650.— M., Einzelnummer 80.— M., Sonntagsnummer 100.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 500spaltige Kompatzeile 300.— M., auswärts 375.— M., die 300spaltige Kompatzeile 200.— M., auswärts 250.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proq. Rabatt. Für Kleinanzeigen, 60 Proq.

Nr. 40

Dresden, Freitag den 16. Februar 1923

34. Jahrg.

Ein reaktionäres Schutzgesetz

(Von unserem tschecho-slowakischen Mitarbeiter)

Mit dem Anspruch, der demokratischste, freiheitlichste Staat Europas zu werden, trat die Tschecho-slowakische Republik ins Leben. Die tschechischen Arbeiter, die an der nationalen Revolution begeistert teilnahmen, glaubten, die nationale Republik werde auch die soziale sein. Aber die Tschecho-slowakische Republik verdient heute weder die eine noch die andre Bezeichnung. Daß sie kein Nationalstaat ist, das zeigen die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung, die das Prager statistische Staatsamt am Montag veröffentlichte. In der Tschecho-slowakischen Republik wurden am Zählungstage insgesamt 13 611 349 Personen gezählt, davon waren 13 372 406 eigene Staatsangehörige. Von den Fremden zählten sich 8 760 957 zur „tschecho-slowakischen“, 3 123 448 zur deutschen, 747 006 zur ungarischen, 461 466 zur russischen, 180 535 zur jüdischen, 75 832 zur polnischen Nationalität. Die Tschecho-slowakische würde noch mehr als Nationalität erscheinen, wenn bei der Volkszählung nicht Tschechen und Slowaken als eine Nation gezählt worden wären, die sie in Wirklichkeit nicht sind, da die Slowaken ihre eigene Sprache, ihre eigene Literatur haben und ein großer Teil der Slowaken auch die Autonomie im Rahmen des Staates erstrebt. Die Zahl der Deutschen in der Tschecho-slowakischen Republik ist größer als nach dem Ergebnis der Volkszählung, weil es an den Sprachgrenzen nicht wenig Mischlinge gab, die unter dem Druck der tschechischen Behörden sich zur tschechischen Muttersprache bekannten. Die 239 000 Ausländer dürften gleichfalls meist Deutsche sein: Melchideutsche und Oesterreicher. Die bunte antimilitärische Gebe der Deutschnationalen hat außerdem viele tausend Juden, die sich bisher zu den Deutschen rechneten, veranlaßt, sich bei der Volkszählung zur jüdischen Nation zu bekennen.

Aber ein paar Tausend mehr oder weniger bedeuten schließlich nicht viel. Das Volkszählungsergebnis zeigt der ganzen Welt, daß die Behauptung, die Tschecho-slowakische Republik sei der Nationalstaat der Tschechen und Slowaken, eine Lüge ist. Sie zeigt unsern Stammesgenossen in Deutschland, ein wie großer, wichtiger und wertvoller Teil des deutschen Gesamtvolkes in der Tschecho-slowakischen unter nationaler Fremdherrschaft, sich durch Sprache und Kultur jedoch untrennbar verbunden fühlt mit den Deutschen im Reich. Wie wenig der Traum von der sozialen Republik erfüllt wurde, das zeigt das „Gesetz zum Schutze der Republik“, das am 13. Februar dem Parlament vorgelegt wurde und das alles Gerede von der Demokratie in der Tschecho-slowakischen für immer lächerlich macht. Keinen andern Zweck hat es als den, die Minderheitsnationen und die revolutionären Arbeiter einzuschüchtern und wenn nötig, so zu würgen, daß ihnen die Luft vergeht, gegen die im Namen der tschechischen Nation herrschenden Parteien zu kämpfen.

Die tschechische Sozialdemokratie, neben den großkapitalistischen Nationaldemokraten die eifrigste Befürworterin des Schutzgesetzes, beruft sich auf das deutsche Schutzgesetz. Durch den Fall Baeren und durch das Attentat auf Maschin sei die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes auch in der Tschecho-slowakischen hinlänglich erwiesen. Aber der deutschnationale Abgeordnete Baeren hat nichts weiter begangen als ein Verbrechen, indem er eine Schindombe gegen den Parlamentspräsidenten schleuderte. Erst seine Verhaftung und Verurteilung machte aus diesem Verbrechen ein Attentat, aus dem Verbrechen einen Mord. Und das Attentat gegen Dr. Maschin kann keiner oppositionellen Partei angelastet werden, da der Attentäter keiner Partei angehörte. Von den Reaktionären und von den tschechischen Sozialdemokraten wird das Attentat dazu benutzt, nun ein Gesetz zu schaffen, das dem Schutze der Republik gegen — Deutsche und Kommunisten dienen soll! Die Angst vor den Kommunisten betrug die tschechischen Sozialdemokraten, dieses erbärmliche Gesetz mit auszuarbeiten, es eifrig zu fördern und gegen die deutschen Sozialdemokraten der Tschecho-slowakischen, die sich dagegen wehren und verteidigen.

Das Gesetz ist deswegen als republikanisches Schutzgesetz überflüssig, weil es in der Tschecho-slowakischen keine monarchistische Bewegung gibt. Von niemand ist die Republik bedroht. Keine Partei kämpft gegen die republikanische Staatsform, die Opposition wendet sich nur gegen die nationale und soziale Unterdrückung, die im Namen der Republik geübt wird. Künftig wird aber, wer sich gegen solche Unterdrückung wendet, fast rettungslos in den Maschen eines der 42 Paragraphen des Schutzgesetzes hängen bleiben. Stehla bis achtzigmal wird in diesem Gesetz mit schwerem Kerker gedroht. Was früher Vergehen war, wird zum Verbrechen gestempelt. Neben Selbstverständlichkeiten, wie es etwa die Angriffe gegen die Person des Präsidenten oder eines Ministers sind, wird auch droht, wer Gewalt anwendet oder mit Gewalt droht, die gesetzgebende Körperschaft, ihren Vorstehenden, das Präsidium, einen Ausschuss oder eine Kommission, die Regierung, den Vorsitzenden oder ein Mitglied der Regierung in der Ausübung ihrer Befugnisse zu hindern oder sie zu stören versucht, oder auf sie in einer bestimmten Richtung einwirkt. Damit soll die Obstruktion im Parlament unmöglich gemacht werden, so daß den oppositionellen Parteien auch diese Waffe entzogen wird und ihnen nur die eine parlamentarische Möglichkeit bleibt, wirkungslos neben zu halten, denn das Eindringen von Gesetzen ist voll-

ständig zwecklos, weil bisher erst ein einziger deutscher Antrag angenommen wurde, der den Verkauf geistiger Getränke an Kinder verbietet, somit für den tschechischen Staat wirklich nichts Gefährliches in sich birgt.

Eingeführt wird nun in der Republik auch die Majestätsbeleidigung. Wer den Präsidenten der Republik oder seinen Stellvertreter durch Beschimpfung, läbliche Behandlung, durch die Drohung übler Behandlung, oder durch Grimassen (!) an der Ehre kränkt, wandert auf ein halbes Jahr ins Loch. Wer die grobe Ungehörigkeit begeht, den Namen der Republik, ihr Wappen, ihre Fahne oder ihre Farben oder das Bild des Präsidenten der Republik zu schmäheln, zu beschädigen oder zu beseitigen, wird gleichfalls ins Loch gesteckt. Wer eine unwahre Nachricht verbreitet, die für wahr zu halten er keine ansehnlichen Gewinne hat, obwohl er weiß, daß er dadurch die Bevölkerung irgendeiner Gegend oder eines Ortes, oder einen Teil dieser Bevölkerung ernstlich beunruhigt, wird in gleicher Weise bestraft. Ebenso, wer zu Gewalttätigkeiten oder andern feindseligen Taten gegen einzelne Gruppen der Bevölkerung wegen ihrer Nationalität, der Religion, oder deshalb, weil sie konfessionslos sind, aufreizt. Hier liegen die Fußangeln für die Deutschen! Hier und in jenem Paragraphen, der mit zweijähriger Strafe den bedroht, der gegen den Staat, die staatliche Selbständigkeit, die Unteilbarkeit oder republikanische Staatsform aufwühlt. Denn das alles ist so dehnbar! Aufwiegelung gegen den Staat oder seine Unteilbarkeit oder gegen die republikanische Staatsform kann es sein, wenn die Kommunisten nach der Kabinetsliste schreiben, aber auch, wenn die Deutschen nichts mehr als die nationale Autonomie fordern. Feindselige Tat gegen einzelne Gruppen der Bevölkerung wegen ihrer Nationalität oder Sprache kann es sein, wenn die Deutschen in Versammlungen wegen Unterdrückung durch die Tschechen klagen!

Immer wieder werden die Deutschen die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht erheben, denn sie sind ja gegen ihren Willen in den tschecho-slowakischen Staat hineingezwungen worden. Sie werden damit immer wieder gegen

den § 1 des Gesetzes verstoßen, mit dessen Hilfe noch schwerer als mit dem § 14 die „Aufwiegelung“ der Bevölkerung bestraft werden kann, weil er die Möglichkeit gibt, sie als Anschlags gegen die Republik, gegen ihre Selbständigkeit, Unteilbarkeit oder demokratisch-republikanische Staatsform zu behandeln. Wer einen solchen Anschlags begeht, oder wer durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die berufsmäßige Tätigkeit des Präsidenten der Republik oder eines Stellvertreters, der gesetzgebenden Körperschaft, der Regierung oder des Gouverneurs von Karpatho-Rußland stilllegt oder den Versuch hierzu macht, wer durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt das Gebiet der Republik einem fremden Staate einberaubt (wer kann das?) oder von ihr einen Teil abtrennt oder den Versuch hierzu macht, wird mit fünf bis zwanzig Jahren Kerker bestraft. Der Versuch hierzu das ist die Forderung nach der nationalen Autonomie! Selbstverständlich fehlt in diesem Gesetz auch nicht die Möglichkeit, periodische Druckschriften einzuzellen, so daß es also den Parteien, die jeweils die Regierungskoalition bilden, die Möglichkeit einer fast unumschränkten, unangreifbaren Herrschaft bietet.

Die tschechischen Sozialdemokraten, die mit in der Regierung sitzen und längst aufgehört haben, auch nur in der bescheidensten Form eine selbständige Politik zu machen, sondern ganz unter dem Kommando ihrer bürgerlichen Koalitionsgenossen stehen, haben eben deshalb den Großteil ihrer proletarischen Anhänger an die Kommunisten verloren. Aus Angst vor diesen Kommunisten, in der Hoffnung, sie nur durch die Staatsgewalt erfolgreicher bekämpfen zu können, haben die tschechischen Sozialdemokraten an diesem Gesetzentwurf, der zweifellos in kürzester Zeit Gesetz sein wird, mitgearbeitet.

Das Gesetz wird zweifellos manchen Oppositionellen treffen. Aber die tschechische Sozialdemokratie wird nicht immer Regierungspartei sein. Möglich, daß sie eines Tages, wenn ein Teil der deutschen Bourgeoisie sich mit der tschechischen verständigt, dem tschechischen Bürgerium als überflüssiges Anhängsel erscheint. Dann wird die Zeit kommen, wo die tschechischen Sozialdemokraten sich selber in den Maschen des Gesetzes, an dem sie jetzt mitarbeiten, verfangen. Aber dann wird alle Neure zu spät sein, dann wird die Herrschaft des Bürgeriums in der Tschecho-slowakischen auf Jahrzehnte gesichert sein. J. H.

Der Arbeit heiliger Krieg

Genosse Stampfer, der von einer Reise durch das Ruhrrevier zurückgekehrt ist, schreibt uns folgende stark idealistisch und hoffnungsvoll durchtränkte Ausführungen:

Das Ruhrgebiet läßt sich jetzt viel klarer überblicken als vor zwei Wochen. Die nationalitäre Welle ist abgedämmt, vom Gelbentum der Reden berren ist wenig mehr die Rede, dafür ist jene „Einheitsfront“, die zugleich die „nationale“ wie die „proletarische“ ist, die Einheitsfront der Arbeiter, Angeestellten und Beamten deutlich in Erscheinung getreten. Sie ist es, die in sozialistischem Geiste den Kampf gegen den Militarismus führt. Vor allem die Bergarbeiter an der Ruhr sind ein besonderes Geschlecht, sie sind von Hause aus so antimilitaristisch, daß selbst in altpreußischer Zeit keine Garnisonen in das Revier gelegt werden konnten. Man kann sich da leicht vorstellen, mit welchen Gefühlen der Bergmann die französischen Soldaten betrachtet, deren Stahlhelme und Bajonette heute das Feld überglänzen.

Zu der fast schon instinktmäßigen antimilitaristischen Einstellung hat sich neuerdings ein anderes Element gesellt, nämlich das Bewußtsein, eine weltgeschichtliche Entscheidung in der Hand zu haben. Gegen eine bis an die Zähne bewaffnete Armee kämpfen Millionen, die mit nichts andern bewaffnet sind als mit dem eisernen Willen, einer militärischen Kommandogewalt sich nicht zu beugen. Man hat das Gefühl, daß sich hier die größte Revolution der Weltgeschichte anbahnt, wenn nicht vollendet: die Revolution der friedlichen Arbeit gegen den Krieg. Denn der Krieg hat seinen Sinn verloren, wenn die Eroberergewalt nur Land gewinnen, aber die Menschen, die es bewohnen, nicht mehr unterwerfen kann. Das Ruhrproletariat kämpft jetzt darum, dem Krieg und dem Militarismus ein für allemal den Garaus zu machen.

In alten Zeiten endeten Kriege damit, daß der Sieger die Männer des besiegten Volkes költe, was leben blieb, in die Sklaverei verkaufte und das Land mit seinen Soldaten besiedelte. Das war der Ausgangspunkt der Entwicklung, die in verschiedenen Stadien durch all die blutbestenckten Jahrtausende geführt hat. Im Ruhrrevier wird ihr Endpunkt erkennbar. Der Eroberer feuert sich selber zu immer größerer Brutalität an. Aber einmal ist er immerhin an gewisse Grenzen gebunden, die er nicht überschreiten kann, ohne die Stimmen der Welt, die sich jetzt schon laut gegen ihn erheben, zum Verstummen zu lassen, zum andern aber sieht er sich vor ein technisch unlösbares Problem gestellt.

Die kapitalistische Entwicklung hat im Ruhrgebiet ihr Werk vollbracht. Seine Landflächen mit ihrem agrarischen Ertrag sind verhältnismäßig fast wertlos. Die Werte liegen unter der Erde und werden durch eine sinnvoll geordnete und durchgesetzte Wirtschaftsorganisation aus nicht gebräuchtesten Produktionsapparaten gegenüber, unfähig, ihn zu mehren. Statt auf Bauernhöfe, deren Bewohner der vorbe-

genden Soldateska zitternd ihre Unterwerfung anbieten, stößt der Militarismus auf ein drückgebrängtes trotziges Industrie-proletariat, das sich seiner Stärke bewußt ist.

Bürgerliche Blätter haben den Einmarsch ins Ruhrrevier mit Napoleons Zug nach Rußland verglichen. Aber der erste ist das gerade Gegenteil des zweiten: Napoleon schritt auf der Welle des Ruhmes und am reaktionären Prinzip. Der Feldzug nach Rußland führte zum materiellen Untergang der Armee und zu neuen Kriegen. Der Einmarsch ins Ruhrrevier vollzieht sich in der Richtung zum moralischen Sturz des Militarismus, zur Offenbarung seiner Impotenz und daher zum Beginn eines neuen unfrüheren Zeitalters.

Das dieses Ziel erreicht werden wird, wer wagt es voranzulagen? Aber wer es erkannt hat und dann daneben noch andre gleich wichtige Aufgaben sieht wie die, jetzt alle Kräfte zu seiner Erreichung anzuspannen, der ist kein echter Sozialist. Wie wenig klein erscheinen alle nationalitäre Kapitalgeheire, alle Quotenstreitigkeiten des Kapitalismus gegenüber dieser großen Entscheidung! Und welche Kraft müßte in die ganze deutsche und internationale Arbeiterbewegung einströmen von einem Sieg des Ruhrproletariats über den siegreichen französischen Imperialismus?

Haben wir die Macht, diesen Sieg aus ganzem Herzen zu erstreben? Haben wir den Mut, für ihn mit ganzer Kraft zu kämpfen? Das ist die dringende Frage. Schlamm wäre es für uns, wenn wir die ganze Bedeutung des Augenblicks erst begriffen, wenn er vorbei ist.

Dies ist ein Kampf, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat, ein Wirtschaftskrieg von besonderer Art, dessen Strategie sich mit dem Kampfe selbst erst entwickelt. Und ist das strategische Problem, um das es sich hier handelt, unlösbar? Ich glaube es nicht. Die Ernährungsfrage ist hier alles. Im Weltkrieg haben 30 Millionen Menschen vier Jahre lang für einen der Menschheit höchst schädlichen Müßiggang ernährt werden müssen. Hier handelt es sich darum, einen Teil des Volkes, der durch militärische Gewalt zum Feiern gezwungen wird, einige Monate lang mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Gelingt es — vielleicht mit ausländischer Hilfe —, für erträgliche Ernährungsverhältnisse zu sorgen, dann sind wir unüberwindlich. Wir können dann in jedem Augenblick mit dem Gegner verhandeln, um eine Abklärung des Kampfes herbeizuführen, aber wir werden nicht genötigt sein, unsere Unterwerfung unter militäristische Gewalt anzubieten.

Zum zweiten Male steht im Ruhrrevier eine „rote Armee“. Aber während die erste mit untauglichen Gewaltmitteln um utopische Ziele kämpfte, kämpft diese zweite rote Armee mit zweckdienlichen Mitteln der Gewaltlosigkeit um ein großes Ziel, das keineswegs über den Wolken liegt. Deutsche Sozialdemokraten, internationale Sozialisten, erkennt eure Aufgabe, tut eure Pflicht!